

Zeitschrift: Pionier : Zeitschrift für die Übermittlungstruppen
Herausgeber: Eidg. Verband der Übermittlungstruppen; Vereinigung Schweiz. Feld-
Telegraphen-Offiziere und -Unteroffiziere
Band: 39 (1966)
Heft: 8

Artikel: Die volkswirtschaftliche Tragbarkeit unserer Wehraufwendungen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-563893>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die volkswirtschaftliche Tragbarkeit unserer Wehraufwendungen

«Ein Pferd!, ein Pferd!, mein Königreich für ein Pferd!» Mit diesem verzweifelten Ausruf bringt Richard der Dritte im Shakespearschen Drama mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck, welche Gegenleistung er zu erbringen bereit wäre, wenn ihm im wichtigsten Augenblick, in der entscheidenden Schlacht, das unentbehrlichste Kampfmittel zur Verfügung gestellt werden könnte.

Selten tritt die Frage, welches materielle Opfer er für die Verteidigung seiner Stellung und seiner Freiheit auf sich zu nehmen gewillt ist, mit einer derartigen Schärfe und Prägnanz an den einzelnen Menschen heran. Die individuelle Wertschätzung der Wehrbereitschaft unterliegt aber zweifellos enormen Schwankungen, die sich zwischen dem einen Extrem, dem Einsatz aller verfügbaren finanziellen, physischen und psychischen Mittel im Falle der direkten unausweichlichen Lebensgefahr, und dem Gegenpol, der leichtfertigen Ablehnung jeder Schutzmassnahme in Perioden der vermeintlichen Sicherheit, mit allen denkbaren Zwischenstufen bewegt. Naturgemäss spielen dabei die ideologische, religiöse und philosophische Einstellung des einzelnen, seine Charaktereigenschaften, Erfahrungen und Neigungen, aber auch seine Begabung, Intelligenz und Ausbildung sowie seine materielle Situation und sein Alter eine massgebende Rolle. Da das Individuum jedoch nicht allein, sondern in einer Gemeinschaft lebt, muss die Frage nach der materiellen und geistigen Bereitschaft zur Landesverteidigung im Rahmen dieser Gemeinschaft beantwortet werden. Letzten Endes muss somit jeder Bürger in einem freiheitlichen Staat, der sich zur direkten Demokratie bekennt, zu dieser Frage Stellung beziehen, «Partei» ergreifen, jene Männer in das Parlament wählen, die seiner Ansicht nach den richtigen Standpunkt auf diesem Gebiet vertreten.

Das Grundbekenntnis der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Wehrbereitschaft ist in Artikel 2 der Bundesverfassung verankert: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt bilden den Zweck des Bundes. Wer diesen Zweck bejaht, sollte somit konsequenterweise bereit sein, die zu dessen Erfüllung notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat indessen einerseits auf der weltpolitischen Bühne im Kräftespiel der Mächte eine derart augenfällige Verschiebung der Proportionen zu ungunsten des Kleinstaates stattgefunden, dass es für unser Land immer schwieriger wird, die Entwicklung der Kriegstechnik mitzumachen. Andererseits haben die neue industriell-technische Revolution, die damit verbundene Erschliessung neuer Energiequellen, die Erfindung neuer Uebermittlungssysteme und Transportmittel, die Entwicklung neuer Produktionsmaterialien und Maschinen, aber auch der Ausbau der Infrastruktur und die Erweiterung der sozialen Wohlfahrt sowie die Notwendigkeit der Förderung von Forschung und Ausbildung zu einem solchen Anwachsen der Staatsausgaben geführt, dass sich auf allen Gebieten immer dringender das imperative Gebot der Beschränkung auf das Wesentliche und der Konzentration der Kräfte stellt.

Angesichts der Tatsache, dass der Bundeshaushalt vor einer eigentlichen Wachstumskrise — die Ausgaben haben sich allein von 1959 bis 1964, also in fünf Jahren, verdoppelt — zu

stehen scheint, die durch den berechtigten Ruf nach einem konjunkturgerechten Verhalten der öffentlichen Hand unterstrichen wird, sind in letzter Zeit im Parlament und in der Öffentlichkeit auch die Militärausgaben mehrmals einer teilweise heftigen Kritik ausgesetzt worden. Obwohl die am 17. Dezember 1965, im Rahmen der Verabschiedung des Voranschlages der Eidgenossenschaft, von den Räten nach langem Hin und Her beschlossene Herabsetzung des beantragten Budgetbetrages des Militärdepartementes um insgesamt 100 Mio Fr. auch unter anderen Aspekten, die hier nicht im Vordergrund stehen, gesehen werden muss, ist es doch bezeichnend, dass in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der volkswirtschaftlichen Tragbarkeit der Militärausgaben ganz allgemein aufgeworfen worden ist. Da diese Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist, scheint es somit angebracht, sie einmal vom ökonomischen Standpunkt näher zu überprüfen.

Wo liegt die obere Grenze

Ausgangspunkt jeder solchen Betrachtung dürfte die Feststellung sein, dass es für die Höhe der Militärausgaben leider ebensowenig eine allgemeingültige, feststehende obere Grenze gibt, wie für jede andere Gemeinschaftsaufgabe, die — man denke hier beispielsweise an das Schulwesen, die Spitäler, die Transportwege, den Gewässerschutz oder ganz allgemein an die Infrastruktur — der einzelne Bürger nicht mehr für sich allein lösen kann. Es liegt dabei auf der Hand, dass es undenkbar ist, von den Bedürfnissen auszugehen, denn diese Addition würde nur den enormen Nachfrageüberhang reflektieren, der praktisch auf allen Gebieten besteht. Das Treffen einer Auswahl nach reinen Rentabilitätsüberlegungen, wie sie in einer freien Wirtschaftsordnung auf Grund des Preissystems und der Kostenstruktur beim Ausbau der Transportwege beispielsweise noch möglich sind, scheidet zudem bei den Militärausgaben daran, dass die reale Gegenleistung, die Wehrbereitschaft, selbst im Kriegsfall nicht in Geldwerten messbar ist. Vom rein wirtschaftlichen Blickwinkel aus schienen somit die Ausgaben für die Landesverteidigung am ehesten mit einer Risikoversicherung vergleichbar zu sein, wobei aber zugleich zu betonen ist, dass auch die Assekuranz unversicherbare Elementarschäden kennt. Auch von dieser Seite her lässt sich somit die maximale Höhe der «Prämien» für den Schutz gegen aussen nicht ermitteln.

Ebensowenig existiert indessen eine klare untere Grenze für die Wehraufwendungen, denn — abgesehen von der statistischen Erfassung der Ersatzausgaben für das Material, die de facto, wie jede Neuinvestition, meistens auf die Anschaffung anderer Mittel hinauslaufen, die mit den bisherigen nicht vergleichbar sind und zudem vielfach eine Änderung der Truppenordnung bedingen — eine genaue Definition des «Existenzminimums der Armee» ist ökonomisch undenkbar. Die Tatsache, dass keine absoluten Fixpunkte zur Beurteilung der Tragbarkeit der Militärausgaben zu finden sind, führt aber zur Schlussfolgerung, dass man diese Frage nur durch indirekte Vergleiche beantworten kann, das heisst durch eine allgemeine Untersuchung der Ausgabenstruktur unserer Volks-

wirtschaft, durch die Gegenüberstellung der massgebenden Globalgrössen unter dem Blickwinkel der Wahrung der Proportionen.

Ermittlung der Vergleichsbasis

Zu diesem Zweck ist es zunächst notwendig, möglichst genau die eigentliche Gesamthöhe der Wehraufwendungen zu bestimmen, die keineswegs mit den Militärausgaben des EMD gleichgesetzt werden dürfen, obwohl diese zweifellos den Hauptposten bilden. Im Rahmen der Finanzplanung für die neue Fünfjahresperiode 1965/69, die auf einer Richtzahl von 8300 Mio Fr. (exkl. Teuerung) basiert, sollen sich die Militärausgaben des Bundes, die in der nachstehenden Übersicht aufgeführt sind, auf gut 1600 Mio Fr. im Jahresdurchschnitt belaufen. Obwohl die getrennt aufgeführten Rüstungsausgaben, also jene Aufwendungen, die zu einer Verstärkung der materiellen Rüstung der Armee beitragen, naturgemäss grössere Schwankungen aufweisen, als die relativ nicht allzu stark, aber tendentiell regelmässig steigenden laufenden Ausgaben, die lediglich zur Erhaltung des vorhandenen Potentials dienen, lässt sich dabei deutlich eine strukturelle Zunahme der ersten Gruppe erkennen.

Die Ausgaben des EMD in Mio Fr.

Jahr	Laufende Ausgaben	Rüstungsausgaben	Total
1956	559,2	122,4	681,6
1957	642,8	287,3	930,1
1958	658,4	350,7	1009,1
1959	615,9	356,5	972,4
1960	630,0	294,1	924,1
1961	654,1	441,8	1095,9
1962	715,1	549,0	1264,1
1963	761,3	555,0	1316,3
1964	855,9	609,6	1465,5
1965	895,9	619,9	1515,8
1966	938,6	730,7	1669,3

Um die Grössenordnung der gesamten Belastung der Volkswirtschaft durch die Wehraufwendungen zu schätzen, muss man als nächsten Schritt zu den Ausgaben des EMD die bei anderen Departementen eingestellten Ausgaben für militärische Zwecke (ein Teil der Militärbauten, die Aufwendungen für sämtliche Drucksachen, die Telephon- und Posttaxen) sowie deren Ausgaben für die Landesverteidigung im weiteren Sinn, also beispielsweise für den Zivilschutz, beifügen. Für all diese Posten scheint in den letzten zwei Jahren die Annahme eines mutmasslichen Globalbetrages von rund 150 Mio Fr. jährlich realistisch. Dazu kommen ferner die Ausgaben der Kantone im Rahmen ihrer Militärhoheit (Waffenplätze, Verwaltung und Kontrollführung), wobei auch auf dieser Ebene die Schätzung dadurch erschwert wird, dass nicht alle mit der Landesverteidigung zusammenhängenden Posten im gleichen Ressort verbucht werden. Es sprechen jedoch gute

Gründe dafür, dass die Wehraufwendungen auf kantonaler Stufe in den letzten zwei Jahren die Summe von je 200 bis 250 Mio Fr. erreicht haben dürften. Der Gesamtbetrag der Wehraufwendungen der öffentlichen Hand hätte sich somit 1964/65 zwischen 1800 und 1900 Mio Fr. bewegt.

Neben den laufenden Militärausgaben, die in der Finanzrechnung von Bund und Kantonen figurieren, darf schliesslich in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass das Milizkader in der Schweiz eine gewaltige ehrenamtliche Tätigkeit leistet, die in allen Ländern, die eine Berufsarmee haben, von der Verwaltung übernommen wird und damit durch den Staat bezahlt werden muss. Zudem wird die schweizerische Volkswirtschaft durch den mit den jährlichen Ausbildungs- und Wiederholungskursen zusammenhängenden Ausfall eines Teils der Arbeiter und Angestellten, die unserer Milizarmee angehören, zweifellos indirekt mehr belastet als diejenige anderer Staaten, die dieses System nicht kennen. Während die unmittelbaren Kosten eines Diensttages etwas weniger als 10 Fr. betragen, soll nach gewissen Schätzungen, die in der Presse veröffentlicht worden sind, jeder solcher Dienstag die Volkswirtschaft zusätzlich alles in allem mit rund 40 Fr. belasten. Obwohl diese Zahl mit äusserster Vorsicht zu betrachten ist, scheint die Annahme berechtigt, dass die etwa 12 Mio Dienstage, die jährlich in unserem Land geleistet werden, für die Wirtschaft nicht verbuchte Kosten in der Grössenordnung von 200 bis 400 Mio Franken verursachen dürften.

Dieser Umstand ist besonders dann zu berücksichtigen, wenn man internationale Vergleiche anstellen will. Bei der näherliegenden Gegenüberstellung der Militärausgaben den Aufwendungen für andere Aufgaben der öffentlichen Hand, ist es dagegen angebracht, nur die direkten Kosten der Landesverteidigung einzusetzen, da die anderen Budgetzahlen auch nur auf den effektiven Aufwendungen beruhen. Aber auch beim sinnvollsten Vergleich, nämlich mit dem Sozialprodukt und dessen Komponenten, kann die ehrenamtliche Arbeit des Milizkadets kostenmässig aus guten Gründen vernachlässigt werden, da die nationale Buchhaltung, wie übrigens in allen Mitgliedstaaten der OECD, grundsätzlich nur jene Leistungen erfasst, die in Geld bewertbar sind und in der Regel in Geld bewertet werden. Das führt dazu, dass ein Teil des Eigenverbrauchs sowie die unentgeltlichen Dienstleistungen im Haushalt (namentlich die Tätigkeit der Hausfrauen) aus der Gesamtrechnung ausgeschlossen werden, da ihre Bewertung problematisch ist. Dasselbe dürfte vom unentgeltlichen Beitrag unserer Offiziere an die Organisation der Armee gelten, so dass der Vergleich der direkten Wehraufwendungen mit den Globalgrössen der nationalen Buchhaltung durchaus auf der gleichen Basis beruht.

Aufschlussreiche Gegenüberstellungen

Als erstes sollen nunmehr die Militärausgaben des EMD den Bundesausgaben für andere Zwecke gegenübergestellt werden. Bei einer solchen Untersuchung der Struktur des Bundeshaushaltes ist es zudem aufschlussreich, auch die Einmeseite zu betrachten, so dass in der folgenden Übersicht auch diese berücksichtigt ist.

Ausgabenstruktur des Bundeshaushaltes 1964

	Mio Fr.	%
Landesverteidigung, Militär	1466	30,2
Verkehr (Strassen, Bahnen, Flugwesen)	895	18,4
Land- und Forstwirtschaft, Gewässerschutz	482	9,9
Soziale Wohlfahrt (AHV, IV usw.)	647	13,3
Kultur, Unterricht, Forschung	176	3,6
Beziehungen zum Ausland	122	2,5
Schuldendienst	219	4,5
Zivile Investitionen	278	5,7
Kantonsanteile an Bundeseinnahmen	278	5,7
Verwaltungskosten im Finanz- und Bauwesen	176	3,6
Verschiedene Ausgaben	118	2,6
Gesamtausgaben	4857	100,0

Zusammensetzung der Einnahmen 1964

	Mio Fr.	%
Wehrsteuer	726	13,8
Verrechnungssteuer	317	6,0
Stempelabgaben	268	5,1
Warenumsatzsteuer	1139	21,6
Übrige Steuern und Abgaben	334	6,3
Zölle	1657	32,1
Vermögensertrag	175	3,3
Übrige Einnahmen (Reinertrag PTT, Alkoholverwaltung, Rückzahlung von Darlehen, Erlös aus Verkäufen usw.)	621	11,8
Gesamteinnahmen	5277	100,0

Die Aufwendungen des EMD stellen mit einem Anteil von rund 30 Prozent wohl den grössten Einzelposten der Bundesausgaben dar. Trotz der absoluten Zunahme der letzten Jahre weisen sie aber, wie aus der nächsten Übersicht hervorgeht, relativ gesehen eine abnehmende Tendenz auf.

Relativer Anteil der Militärausgaben an den Bundesausgaben

Jahr	Ausgaben des Bundes in Mio Fr.	Militärausgaben in Mio Fr.	Verhältnis in Prozent
1961	3267	1096	34
1962	3684	1264	34
1963	4083	1316	32
1964	4857	1465	30
1965	4837	1515	31
1966	5862	1669	28
Zunahme 1961/66	79 %	52 %	

Diese Tatsache ist gleichbedeutend mit dem Umstand, dass die Militärausgaben in den letzten sechs Jahren auffallend weniger rasch zugenommen haben, als die übrigen Bundesausgaben. Während nämlich diese von 1961 bis 1966 eine Steigerung um 79 Prozent aufwiesen, verzeichnete das Budget des EMD in dieser Periode eine wesentlich geringere Erweiterung um 52 Prozent. Zudem ist anzunehmen, dass die

bei den anderen Departementen eingestellten Ausgaben für militärische Zwecke, deren Höhe für die letzten zwei Jahre auf je 150 Mio Fr. veranschlagt wurde, im Schnitt eine ähnliche Tendenz aufweisen. In einem Zeitabschnitt, da in jedem Aufgabenbereich des Bundes die Ausgaben eine sehr ausgeprägte Expansion erfahren haben, sind somit die Militärausgaben keineswegs den anderen Aufwendungen vorausgeeilt, sondern sie haben sich unterdurchschnittlich entwickelt.

Die absolute Höhe der Militärausgaben — die «Millionenbeträge», mit welchen sich so leicht ohne die Heranziehung von Vergleichsgrössen polemisieren lässt — verdient als zweites in ihrer Pro-Kopf-Belastung unserer Bevölkerung betrachtet zu werden. In der nachstehenden Tabelle sind der Einfachheit halber wiederum nur die Militärausgaben des EMD berücksichtigt; würde man die gesamte Wehraufwendungen des Bundes und der Kantone einsetzen, die sich in den letzten zwei Jahren zwischen 1800 und 1900 Mio Fr. bewegen dürften, dann würde der entsprechende Betrag pro Kopf der Bevölkerung rund 50 Fr. höher sein, als die in der folgenden Tabelle aufgeführten Ziffer. Illustrativ bleiben diese Zahlen trotzdem.

Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung

Jahr	Gesamt-betrag in Mio Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung in 1000	Ausgaben pro Kopf in Fr.
1961	1096	5496	199
1962	1264	5660	223
1963	1316	5770	228
1964	1465	5874	249
1965	1515	5970	254
1966	1669	6070	279

Selbst wenn man den Umstand berücksichtigt, dass bei der Bevölkerungszahl auch die Fremdarbeiter mitenthalten sind, wodurch die Ausgaben je Schweizer Bürger um etwa 15 Prozent zu niedrig erscheinen, erweist sich die errechnete Zahl, namentlich wenn man sie dem Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung, der in der nächsten Tabelle zu finden ist, gegenüberstellt, als unbedingt tragbar. Diese Behauptung kann durch die Überlegung erhärtet werden, dass die Reduktion der Militärausgaben auf die Hälfte — sicher eine drastische Annahme, die nicht einmal die erbittertsten Gegner unserer bewaffneten Neutralität zu postulieren wagen —, bei gleichzeitiger Verteilung der «eingesparten Summe» an die ganze Bevölkerung, dem einzelnen im laufenden Jahr einen Betrag von 140 Franken zukommen liesse. Ein Abbau unserer Wehrebereitschaft auf die Hälfte würde somit jedem Einwohner in der Schweiz monatlich beinahe 12 Franken zur «freien» Verfügung stellen! Oder noch extremer ausgedrückt: Der Verzicht auf jeglichen militärischen Schutz, mit all seinen Folgen, könnte, bei extensivster Rechnung, jedem Einwohner im besten Fall ein «Sackgeld» von wenig mehr als 30 Franken monatlich bieten! Bei Wahrung aller Proportionen, kann der Verzicht auf diesen Betrag — verglichen mit einem durchschnittlichen verfügbaren monatlichen Einkommen pro Kopf der Bevölkerung von mindestens 500 Franken — niemals als untragbar bezeichnet werden.

Der Vergleich der Wehraufwendungen mit dem Sozialprodukt bildet eines der wichtigsten Kriterien zur Beurteilung der Tragbarkeit der Militärausgaben, wobei zudem die Betrachtung einzelner Komponenten dieser makroökonomischen Grösse besonders augenfällig zeigt, welche Beträge die Konsumenten auf einzelnen Gebieten auszuliegen bereit sind, ohne sie offenbar als eine besondere Belastung zu empfinden.

Der Vergleich mit dem Sozialprodukt

Jahr	Bruttosozialprodukt in Mio Fr.	Pro Kopf der Bevölkerung in Fr.	Anteil der Militärausgaben in %
1961	41 490	7 549	2,6
1962	46 050	8 136	2,7
1963	50 370	8 730	2,6
1964	55 565	9 459	2,6
1965	60 200	10 185	2,5
1966*	65 000	10 708	2,6

*Schätzung

Diese statistische Übersicht zeigt zunächst, dass der Anteil der Militärausgaben am Sozialprodukt in den letzten sechs Jahren praktisch konstant geblieben ist. Die Schlussfolgerung, dass in dieser Periode, die mit einem starken Anstieg der absoluten Zahlen gekennzeichnet war, keine zusätzliche Gesamtbelastung der Volkswirtschaft durch die Wehraufwendungen eingetreten ist, ist somit berechtigt. Da bekanntlich eine feste Beurteilungsbasis für deren absolute Höhe nicht existiert, könnte an dieser Stelle ein Vergleich mit den Verhältnissen in anderen Ländern einige Anhaltspunkte liefern. Eine genaue Untersuchung würde indessen eine gründliche Analyse der Ausgabenstruktur in den einzelnen Staaten erfordern, und hierfür fehlen meistens die notwendigen Unterlagen. So muss man sich mit dem Hinweis begnügen, dass der Anteil der Militäraufwendungen an den Ausgaben der öffentlichen Hand, der in der Schweiz — Bund und Kantone zusammengerechnet — etwa 18 Prozent beträgt.

- in Schweden mit 19 Prozent,
- in Grossbritannien mit 25 Prozent,
- in Italien mit 16 Prozent,
- in Frankreich mit 21 Prozent,
- in der Bundesrepublik Deutschland mit 29 Prozent und
- in den Vereinigten Staaten mit 52 Prozent angegeben wird.

Auf das Sozialprodukt umgerechnet würde sich der entsprechende Betrag auf folgende Quoten belaufen:

Schweden 4,6 Prozent,
Grossbritannien 7,5 Prozent,
Italien 4,4 Prozent,
Frankreich 6,1 Prozent,
Bundesrepublik Deutschland 6,0 Prozent und
Vereinigte Staaten 9,7 Prozent.

Unter Berücksichtigung sämtlicher Kosten, die — wie früher dargelegt — der Volkswirtschaft aus der Milizarmee erwachsen, würde die Schweiz auch mit der sehr hoch angesetzten Quote von 3,7 Prozent im internationalen Vergleich ausser-

ordentlich günstig dastehen, sich in der gleichen Grössenordnung wie Belgien und Dänemark bewegen und vermutlich nur von Österreich unterboten werden, das weniger als 2 Prozent des Sozialproduktes für Militärzwecke ausgibt.

Nicht nur das Sozialprodukt, sondern auch dessen Zusammensetzung auf der Verwendungsseite liefert indessen illustrative Angaben über die Proportionen der globalen Ausgabenbeträge unserer Volkswirtschaft. In der folgenden Übersicht ist zunächst die Struktur der totalen Konsumausgaben der privaten Haushalte wiedergegeben, wie sie sich aus der nationalen Buchhaltung der Schweiz entnehmen lässt. Zudem sind einige repräsentative Ziffern über den Umfang der privaten Versicherungsausgaben sowie der Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeführt; die Heranziehung dieser Grössen scheint um so gerechtfertigter, als die Kosten der Landesverteidigung, wie einleitend dargelegt wurde, vom rein wirtschaftlichen Standpunkt am ehesten mit den Versicherungsausgaben vergleichbar sein dürften.

Zusammensetzung der gesamten privaten Konsumausgaben

Ausgabengruppe	in Mio Fr.			in %
	1961	1963	1964	
Nahrungsmittel	6270	7370	8010	24,7
Genussmittel	2510	3055	3340	10,3
Bekleidung	2255	2680	2830	8,7
Miete und Nebenkosten	4385	5290	5500	17,0
Wohneinrichtungen	1590	1920	2105	6,5
Gesundheits- und Körperpflege	1515	1845	2050	6,3
Verkehrsausgaben	2430	2995	3300	10,2
Bildung und Erholung	1770	2180	2455	7,6
Versicherung	500	590	630	1,9
Auslandausgaben	680	870	990	3,1
Verschiedenes	990	1125	1210	3,7
Total	24 895	29 920	32 420	100,0

Zum Vergleich: Wehraufwendungen in der Schweiz in Mio Fr.

Ausgaben des EMD	1096	1316	1465
Übrige Departemente und Kantone	204	284	335
Total (Schätzung)	1300	1600	1800

Sozialversicherungsausgaben *

	in Mio Fr.		
Beiträge der Arbeitgeber	1980	2510	2810
Beiträge der Arbeitnehmer	1695	2170	2470
Beitrag des Staates	360	380	665
Total	4035	5060	5945

* AHV, IV, EO, kantonale Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenversicherung, Suva, Krankenkassen Arbeitslosenstellen sowie private Pensionskassen, Gruppenversicherungen und Wohlfahrtsfonds.

MUF-Vorhersage für August 1966

Beobachtungen, Mai 1966

Gesamtaufwand der Schweiz für Versicherungszwecke*

Jahr	1961	1962	1963	1964
Total in Mio Fr.	5480	6128	6915	7932
Pro Kopf der Bevölkerung in Fr.	1040	1083	1198	1362

*Alle Versicherungsarten

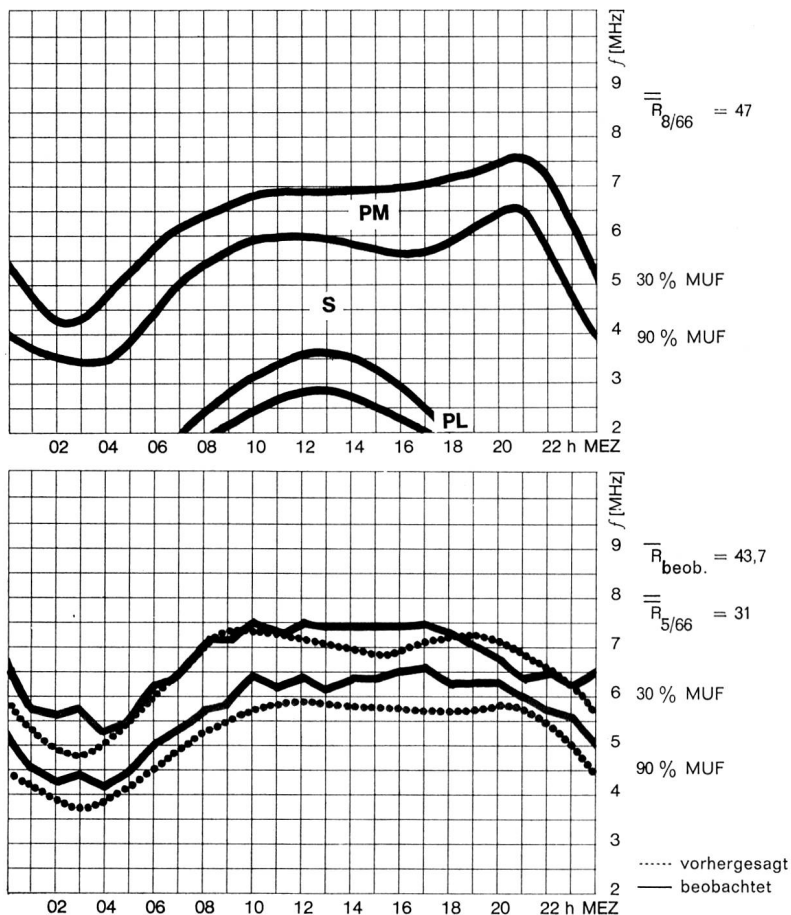
Von den vielen Vergleichen, die auf Grund dieses Zahlenmaterials möglich sind, seien nur einige herausgegriffen. Die schweizerische Volkswirtschaft ist beispielsweise bereit, für Genussmittel einen Betrag auszulegen, der beinahe doppelt so hoch ist, wie die gesamten Wehraufwendungen. Dabei übersteigen die Ausgaben für Alkohol und Tabak zusammen bereits die Kosten der Landesverteidigung.

Mit dieser Feststellung ist keine Kritik verbunden: Der Umfang der Luxusausgaben stellt aber ein untrügliches Zeichen für die Höhe unseres Lebensstandards dar. Der Globalbetrag für Genussmittelausgaben von weit mehr als 3 Mia Franken, der auf Grund der täglichen Entscheidungen der Konsumenten zustande kommt, beweist jedenfalls, dass der einzelne diese Ausgabenhöhe für Produkte, die kaum zu den zwingenden Lebensnotwendigkeiten gehören, als durchaus tragbar empfindet.

Die Statistik über die Sozialversicherungsausgaben zeigt andererseits eindeutig, dass die Proportionen zwischen der sozialen Wohlfahrt und dem Schutz des Landes nach aussen durchaus gewahrt sind, betragen doch die Gesamtbeiträge für alle öffentlichen und privaten Sozialversicherungssparten mehr als das Dreifache der Wehraufwendungen. Aus der Tatsache, dass unser Gesamtaufwand für alle Versicherungszwecke, der 1964 mit annähernd 8 Mia Fr. 14,3 Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachte, mehr als viermal so hoch ist wie die Kosten der Landesverteidigung, ist schliesslich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ersichtlich, dass das Schweizer Volk nicht nur bereit ist, für die Sicherung seiner materiellen Existenz einen ausserordentlich hohen Betrag einzusetzen, sondern dass es auch finanziell in der Lage ist, diese ansehnliche Summe aufzubringen.

Fazit

Gesamthaft betrachtet, lässt sich somit feststellen, dass die Vergleiche mit allen repräsentativen, verfügbaren gesamtwirtschaftlichen Messziffern, aber auch der Seitenblick auf die Grössenordnung im Ausland, den Schluss zulassen, dass die Wehrausgaben im heutigen Umfang durchaus tragbar sind. Die massgebendsten Indikatoren — der sinkende Ausgabenanteil am Budget, die relativ geringe Pro-Kopf-Belastung, der niedrige Anteil am Sozialprodukt sowie die günstige Relation zu den übrigen Ausgabengruppen — zeigen eindeutig, dass die bisher gewährten Proportionen weder den Staatshaushalt noch die Volkswirtschaft auch nur im geringsten aus dem Gleichgewicht gebracht haben. Angesichts des sprunghaften Anwachsens der Staatsaufgaben in allen Sektoren ist es indessen zweifellos angebracht, wenn die bisher bewährten Proportionen nach Möglichkeit eingehalten oder jedenfalls nicht allzu stark verschoben werden.



Bedeutung der Symbole

Wählt man für eine Verbindung auf Kurzwellen innerhalb der Schweiz die Arbeitsfrequenz so, dass sie in den Bereich S fällt, so ist die Verbindung als sicher zu beurteilen (unter Vorbehalt von drei gestörten Tagen). In den Bereichen PM und PL ist die Wahrscheinlichkeit für eine sichere Verbindung naturgemäss geringer. Fällt die Arbeitsfrequenz in den Bereich PM, so ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass die Tages-MUF erreicht oder überschritten wird. Ist die Verbindung schlecht, soll eine tiefere Arbeitsfrequenz gewählt werden. Fällt die Arbeitsfrequenz in den Bereich PL, so ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass die Tages-LUF erreicht oder überschritten wird. Ist die Verbindung schlecht, soll eine höhere Arbeitsfrequenz gewählt werden.

\bar{R} = gleitendes Zwölfmonatsmittel der Sonnenflecken-Relativzahlen

\bar{R} = beobachtete monatliche Relativzahl der Sonnenflecken

Explication des symboles

Si l'on choisit pour une transmission sur ondes courtes sur territoire suisse une fréquence de travail qui se trouve dans la région centrale S du graphique, on peut considérer la liaison comme sûre (sauf en cas de perturbation pendant trois jours). Dans les régions PM et PL du graphique, la probabilité d'obtenir une liaison sûre est naturellement moins grande. Si la fréquence de travail se trouve dans la région PM, la probabilité est plus grande que la MUF de ce jour soit atteinte ou même dépassée. En cas de mauvaise liaison: diminuer la fréquence de travail. Si la fréquence de travail se trouve dans la région PL, la probabilité est plus grande que la LUF de ce jour soit atteinte ou même dépassée. En cas de mauvaise liaison: augmenter la fréquence de travail.

\bar{R} = nombre relatif mensuel observé des taches solaires

\bar{R} = moyenne glissante de douze mois des nombres relatifs mensuels des taches solaires.